

Medienmitteilung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn



Solothurn, 12. April 2016

Kein Abbau beim Service Public und keine Aushöhlung der Staatsfinanzen auf Kosten von Bildung und Forschung

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn hat an seiner gestrigen Sitzung die Abstimmungsvorlagen vom 5. Juni 2016 beraten.

Unter fachkundiger Leitung von Nationalrat Philipp Hadorn fand eine angeregte Diskussion statt. Zwar klinge der Titel der „Pro Service Public-Initiative“ vielversprechend, erklärte der SEV-Gewerkschafter Hadorn, doch leider sei genau das Gegenteil zu erwarten. Wenn es den „öffentlichen Betrieben“ verwehrt bleibe Gewinne zu realisieren, werden folglich die Investitionen auf der Strecke bleiben und damit eine gute Grundversorgung in Zukunft verunmöglicht. Die sogenannte Milchkuh-Initiative entziehe dem Staat wichtige Gelder, die in der Folge bei der Bildung und Forschung, dem öffentlichen Verkehr und in der Landwirtschaft eingespart werden müssten.

Die Änderung des Asylgesetzes empfiehlt Hadorn zur Annahme. Zwar beinhalte auch diese Gesetzesrevision weitere Verschärfungen, dennoch würde den Asylsuchenden dank der kostenlosen Rechtshilfe ein schnelles aber faires Verfahren ermöglicht. Das Testzentrum in Zürich, in dem die neue Umsetzung getestet wurde, habe eine durchaus positive Bilanz an den Tag gebracht.

Etwas schwieriger stelle sich die Situation beim bedingungslosen Grundeinkommen dar. „Zwar habe ich für die Idee grundsätzlich Sympathien und finde die mit der Initiative angestossene Diskussion, wie wir langfristig allen ein Grundeinkommen und damit ein Leben in Würde ermöglichen, sehr wichtig“ beginnt Hadorn mit den Ausführungen. Dennoch müsse man realistisch gesehen erkennen, dass die Forderungen nach einem Grundeinkommen von 2500 Franken pro Person wohl kaum umgesetzt werden könne. Stattdessen würde der Grundbetrag gedrückt, während gleichzeitig die bestehenden Sozialversicherungen abgebaut würden. Die Auswirkungen wären dann genau das Gegenteil des Ansinnens der Initianten. Die Gewerkschaften vertreten demgegenüber die Meinung, dass der Wert der Arbeit, und zwar auch der Freiwilligenarbeit, grundsätzlich diskutiert werden müsse. Dazu seien gute Gesamtarbeitsverträge, sowie starke Sozialversicherungen eine wichtige Grundlage. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) empfiehlt diese Vorlage deshalb abzulehnen.

Als letzte Vorlage erklärte Philipp Hadorn das „Fortpflanzungsmedizingesetz“. Da es sich bei den gestellten Fragen um ethische und vor allem auch um Fragen der persönlichen Haltung geht, wird von der Geschäftsleitung empfohlen, Stimmfreigabe zu beschliessen.

Nach eingehender und zum Teil sehr emotionaler Diskussion der Vorlagen beschliesst der Vorstand die NEIN-Parole zur Pro Service Pulic-Initiative, zur Milchkuh-Initiative und zum bedingungslosen Grundeinkommen. Dem gegenüber sagt der Vorstand JA zum Asylgesetz. Für das Fortpflanzungsmedizingesetz wird die Stimmfreigabe beschlossen.

AVV plus: Erfolgsmodell AHV stärken und Renten um 10% erhöhen!

Einig war sich der Vorstand auch, dass die Kampagne für die AHV plus-Initiative in diesem Jahr höchste Priorität geniessen soll.

Die AHV-Renten hinken immer mehr den Löhnen hinterher, und auch die Leistungen der zweiten Säule stehen unter Druck. Deshalb sind die Renteneinkommen aus erster und zweiter Säule schon heute für viele Menschen zu gering. Ohne Gegenmassnahmen wird sich das Problem für künftige Rentnerinnen und Rentner noch verschärfen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat deshalb im März 2013 als Gegenprojekt die Volksinitiative "AHVplus: für eine starke AHV" gestartet. Schon im Dezember 2013 konnten die Initianten 112'114 beglaubigte Unterschriften bei der Bundeskanzlei einreichen. Das zeigt, wie sehr das Problem der zu geringen Renten den Menschen unter den Nägeln brennt.

Der GbS wird in den kommenden Wochen mit den interessierten Verbänden ein kantonales Komitee gründen, sowie lokale Kampagnen-Gruppen ins Leben rufen. Gegen Ende August ist ein grösserer Anlass geplant.

Das Präsidium und das Sekretariat wurden beauftragt, bis zu Delegiertenversammlung vom 7. Juni 2016 einen detaillierten Kampagnenplan, samt Budget vorzulegen.

Für weitere Auskünfte:

Markus Baumann, Kantonsrat und Präsident GbS: Tel. 079 435 64 47
Philipp Hadorn, Nationalrat und Mitglied GL GbS: Tel. 079 600 96 70